



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Graz, am 25.01.2017
MR-BEIRAT_AG_WKM 2017/KS/KS/25

Pressekonferenz Wahlkampfmonitoring 2017

Das Wahlkampfmonitoring

Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz ist mit der Durchführung der menschenrechtlichen Wahlkampfbeobachtung beauftragt.

PolitikerInnen werden „beim Wort“ genommen und eine Einschätzung vorgenommen, ob die Aussagen zur Werbung um WählerInnenstimmen dem Genuss von Menschenrechten durch die Bevölkerung förderlich und an alle Menschen in der Stadt ohne Unterschied gerichtet sind, ob die diesbezüglichen Aussagen im Sinne der Menschenrechtsgewährung kritisch zu betrachten sind oder ob die Wahlkampfdiskurse gar systematisch ausschließend, ausgrenzend, benachteiligend sind und herabwürdigende Wirkungen haben.

Die Beurteilung ist weder Wahlempfehlung noch quasi-justiziell, sondern soll der Stadt und ihrer Bevölkerung als Information zum menschenrechtlichen Engagement der Politik dienen. Die Beurteilung erfolgt im Menschenrechtsbeirat einstimmig, selbstverständlich ohne Beteiligung der im Beirat vertretenen wahlwerbenden Mitglieder. Die Beiratsmitglieder arbeiten ehrenamtlich.

Grundlage der Bewertungen sind Wahlwerbungsmaterialien, Parteiprogramme, Printmedien, Fernseh- und Radiosendungen sowie (eingeschränkt) Aussagen auf einschlägigen Social Mediasseiten.

Warum ein Wahlkampfmonitoring

Graz ist Stadt der Menschenrechte und Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Im Rahmen ihres Selbstverständnisses und ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere der Grazer Menschenrechtserklärung von 2001, richtet die Stadt ihr politisches und Verwaltungshandeln an den Menschenrechten aus und überprüft die Einhaltung der Menschenrechtsstandards durch seine VertreterInnen und Organe.

Gesamtbild

Es wurden von den Parteien insgesamt 14 Themen in den politischen Diskurs eingebracht, welche unmittelbare Menschenrechtsrelevanz aufweisen und vom Menschenrechtsbeirat analysiert wurden.

In diesen Themenbereichen konnten sehr viele Gemeinsamkeiten beobachtet werden, was, bei aller Unterschiedlichkeit und Akzentuierung der Parteien, auf einen breiten Konsens zur Wichtigkeit kommunalpolitischer Arbeit zeugt. Damit ist auch zu erwarten, dass auf sachpolitischer Ebene konstruktive Umsetzung von Vorhaben erwartet werden kann. Insgesamt ist dies ein Hinweis auf den bestehenden „politischen Geist“ der Menschenrechtsstadt, politische Arbeit auf das Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu richten. Wenngleich Graz als Menschenrechtsstadt nicht zum Programm gemacht wird, so ist der gesamte Wahlkampf mit seinen Themen und Positionen der Menschenrechtsstadt Graz würdig. Zu betonen ist auch, dass alle Parteien in ihren Programmen auf Menschenrechte ausdrücklich verweisen.

Besonders anzumerken ist auch, dass in einigen Themenstellungen ausgesprochen innovative Vorschläge gemacht werden. Hervorzuheben ist dabei der Diskurs um Demokratie, Teilhabe und Transparenz, der auf kommunaler Ebene ungemein wichtig ist, aber keinesfalls selbstverständlich.

Dass in den analysierten Themenbereichen auch sehr unterschiedliche Fragen thematisiert wurden ist auch klar. Aus diesem Grund wurden in diesen Themen unterschiedliche Diskursstränge abgeleitet, die sich an den normativen Zielen der jeweils relevanten Menschenrechte orientieren. Dabei wurden insbesondere die Fragen nach Verhältnismäßigkeit, Förderung von Chancengleichheit, Gleichbehandlung, Inklusion und Gleichbehandlung gestellt.

Vorläufige Ergebnisse

Dem **gesamten Wahlkampfdiskurs** wird vom Menschenrechtsbeirat zum derzeitigen Stand aufgrund seiner an den BürgerInnen ausgerichteten Politik im Geiste der Menschenrechte, der Ausgewogenheit und Breite der Diskussion, seiner kommunalen Relevanz und dem Fehlen an unverhältnismäßiger Aggressivität eine **grüne Ampel** vergeben.

Der Wahlkampf der FPÖ hat eine Sonderstellung. Gleichwohl thematisch gegliedert und in diesen Themen durchaus sachlich geführt, ist bei Gesamtbetrachtung klar erkennbar, dass es sich um einen „Ausländerwahlkampf“ handelt. Beinahe alle Sachthemen führen hin zur Abgrenzung zwischen „Eigenem und Fremdem“. Der Diskurs ist als rassistisch einzustufen, weil er eine Überlegenheit des „Eigenen“ suggeriert und Unterscheidung aufgrund der Herkunft postuliert. Allerdings ist zu betonen, dass die rote Linie dabei nicht überschritten wird (außer im Fall der Bildung, siehe unten), insbesondere die Eignung, Hass zu erzeugen fehlt. Es ist ein eindeutiger Unterschied zum Wahlkampf 2007/8 in dieser Hinsicht festzustellen.

So hat der Wahlkampf auch nicht zu einer signifikanten Zahl an gemeldeten Übergriffen geführt, was aus Sicht des Menschenrechtsbeirates das wichtigste Kriterium ist. Die Wählerinnen und Wähler können offensichtlich **zwischen ausgrenzender Rhetorik und Hetze unterscheiden**. Außerdem haben sich alle

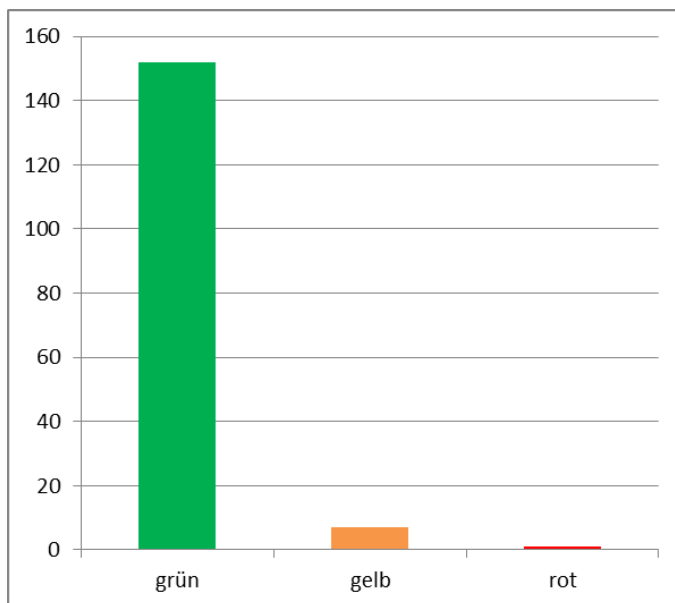
anderen Parteien klar gegen die von der FPÖ vertretenen Positionen der Aus- und Abgrenzung positioniert.

Vorläufiges Gesamtergebnis

Grün: 152

Gelb: 7

Rot: 1



Eine ausführliche rechtliche Analyse zu den vorgebrachten Programmen und Argumenten finden Sie unter www.wahlkampfbarometer-graz.at/

Diskurse im Detail

Demokratie, Teilhabe, Transparenz

Grün: 6

SPÖ, KPÖ, GRÜNE, Piraten, WIR, T. Petrovic

Jugend und Kinderbetreuung:

Grün: 23

SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, NEOS, Piraten, T. Petrovic

Arbeit, Wirtschaft, Unternehmen, Stadt als Arbeitgeberin:

Grün: 39

SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, NEOS

Verkehr, Mobilität, Infrastruktur, IT und Datenschutz:

Grün: 4

SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE

Kunst und Kultur:

Grün: 5

SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE

Alter, Pflege, Generationen:

Grün: 9

SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, Piraten, WIR, Einsparkraftwerk

Gesundheit:

Grün: 8

SPÖ, KPÖ, ÖVP, GRÜNE, Piraten, WIR, Einsparkraftwerk

Migration, Integration:

Grün: 8

SPÖ, KPÖ, ÖVP, GRÜNE, NEOS, Piraten, WIR, T. Petrovic

Gelb: 1

FPÖ

Wohnen:

Grün: 8

SPÖ, KPÖ, ÖVP, GRÜNE, Piraten, WIR, Einsparkraftwerk

Gelb: 1

FPÖ

Sicherheit, Frieden:

Grün: 6

SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, Piraten

Gelb: 1

FPÖ

Armutsbekämpfung und –prävention, Glückspiel:

Grün: 9

SPÖ, KPÖ, ÖVP, GRÜNE, Piraten, WIR, Einsparkraftwerk

Gelb: 1

FPÖ

Frauen, Geschlechtergerechtigkeit:

Grün: 2
SPÖ, KPÖ

Gelb: 1
FPÖ

Das Argument, inländische Frauen mögen ein Müttergehalt bekommen, um Zuwanderung zu verhindern ist intersektionell rassistisch.

Nicht-Diskriminierung:

Grün: 12
SPÖ, KPÖ, ÖVP, GRÜNE, T. Petrovic

Gelb: 2
FPÖ

Das Programm der FPÖ lässt darauf schließen, dass für ihre politische Gestaltung Herkunft und Nationalität von Menschen wesentliche Kriterien für den Erhalt von öffentlichen Leistungen und Unterstützungen sind. Auffallend ist die Wortwahl, die einen ausgrenzenden Charakter aufweist.

Bildung:

Grün: 13
SPÖ, KPÖ, ÖVP, FPÖ, GRÜNE, NEOS und T. Petrovic

Rot: 1
FPÖ

Das Motto lautet, kein Wahlkampf auf Kosten von Menschen. Im Bildungsdiskurs kommen auf mehreren Ebenen ethnische Präferenzen zum Ausdruck: Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf alle Formen von Bildung ohne Unterschied. Provokant gefragt: warum ist jemand fremd in wessen Schule. Diese Aussage verstößt gegen das Motto, hier werden Kinder mit Rechten instrumentalisiert zu einem völlig anderen Zweck. Der Diskurs über muslimische SchülerInnen, deren Herkunftssprache und ähnliches richtet sich nicht an die Kinder, sondern an Eltern und an eine Bevölkerung, der eine „Überfremdung“ Unwohlbefinden bereitet. Der Diskurs ist somit auf Spaltung gerichtet und geeignet, Hass zu erzeugen, Hass gegen Kinder und Jugendliche, die sich nicht frei ausgesucht haben, wo sie leben, wohnen und in die Schule gehen.

KEIN WAHLKAMPF AUF KOSTEN VON KINDERN!

Bitte beachten Sie, dass dieses Ergebnis nicht endgültig ist. Der Wahlkampf ist noch nicht zu Ende und die einzelnen Diskurse können sich noch ändern oder weitere Themenstellungen hinzukommen. Aufgrund des Objektivitätsgebotes wird das Endgutachten erst nach der Wahl veröffentlicht.

Alle Informationen, Detailgutachten und die beurteilten Unterlagen finden Sie unter:

www.wahlkampfbarometer-graz.at/